

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau
HEUTE 1 Einzeichnungstag

Druckpreis monatlich 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 3. Oktober 1928 Nummer 232

Heute zeichne Dich ein!

Heraus gegen die imperialistische Front / Gegen die sozialimperialistischen Helfer des Kapitalismus / Das Volksbegehren beginnt / Von heute bis zum 16. Oktober mobilisiert alle Kräfte / Keiner darf fehlen / Millionen Unterschriften gegen die Panzerkreuzerhelden

Entscheidet euch!

Eine der reichhaltigsten Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere aber auch der Sozialdemokratischen Partei der Vorkriegszeit, ist der Kampf gegen den Militarismus. Heute in der Geschichte nachrückend, ist ein großer Gewinn. Vor mir liegt das Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1893 bis 1904. Fast ein halbes Jahrhundert, 16 Jahre Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung. Jedesmal, wenn die Partei August Bebel's und Liebknecht's Heerschau hielt, um die Waffen des Klassenkampfes zu schmieden, da stand auch die Frage des Kampfes gegen den Militarismus auf der Tagesordnung. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Vorkriegszeit ist die Geschichte des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus. Die Protokolle der Parteitage registrieren:

Der Kongress der Deutschen Arbeitervereine in Nürnberg am 9. September 1898 nahm eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt: „Der Arbeitertag empfiehlt allen Mitgliedern bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten usw. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, die sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung bestehender Heere der Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen.“ Und als der Kongress der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine am 9. Januar 1870 zusammentrat, formulierte er zur Frage des Militarismus u. a. folgenden Satz: „Die bestehenden Heere sind die Hauptstützen der heutigen reaktionären Regierungen und zugleich der gesellschaftlichen Ausbeutung.“ Ich lese diese Sätze zu einmal. Peinliche proletarische Klassenkämpfe. Das war vor etwa 60 Jahren. Und heute...?

Ich blättere weiter, überspringe Jahre und Jahrzehnte. In die einige Front der antimilitaristischen Revolutionäre tragen die Auer, Schippel, Heine u. a. das zerfahrene Gift des Revisionismus. Und je mehr die Sozialdemokratie rote Baden bekam, d. h. in die Breite ging, sich zur Massenpartei entwickelte, um so schärfer prallten die Gegensätze aufeinander.

„Kanonen für Volksrechte!“ das wurde das Schlagwort all derer, die die prinzipielle revolutionäre Stellung zum Militarismus verweigerten, sich mit dem Bestand des Klassenstaates ausgeföhnt hatten, und „demokratische Reformen“ zu Inhalt und Ziel der Bewegung stempelten.

Und als um die Jahrhundertwende der deutsche Imperialismus im Profitinteresse der Kapitalisten drohende Kriegszüge aufnahm, und im Innern die Klassengegensätze im sozialen Kampfe tiefer denn je aufzubrechen, da waren es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die das traditionelle Erbe des antimilitaristischen Kampfes mit scharfen Schwertern verwahrten. Rosa antwortete, als der Opportunist Schippel der Notensammlung Wilhelm II. die Parole: „Kanonen für Volksrechte!“ entgegenstellte, mit ihrem Meisterwort revolutionärer Dialektik: „Sozialreform oder soziale Revolution.“ Und Karl Liebknecht? Seit jenen Tagen verzeichnen die Protokolle sozialdemokratischer Parteitage immer wiederkehrend, seine Forderung antimilitaristischer Propaganda. So sprach er in Bremen 1904, in Genä 1905 und mußte 1906 und 1908 selbst gegen August Bebel verschärften Kampf gegen den Militarismus verfechten...

Hier schließt das Dokument über ein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Parteigeschichte. Nicht die Geschichte der Sozialdemokratie in den vergangenen 20 Jahren. Sie ist noch nicht geschrieben, — aber das Urteil ist gefällt. — Der Panzerkreuzerbeschuß vom 11. August ist der konsequente Weg des 4. August, das unverhüllte Bekenntnis zum Sozialfaschismus, das mit „Kanonen für Volksrechte“ begann und mit Panzerkreuzern gegen Ministerposten eine neue Etappe des Klassenverrates abschloß.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Euch mahnt die antimilitaristische Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung. Wo lebt sie noch? In der Partei der Panzerkreuzerbewilliger — oder — bei den Kommunisten? Antwortet! Entscheidet euch! Zieht die Konsequenzen! Bleibt eurer Sache treu! Tragt euch ein zum Volksbegehren!

W. Schneider, Stadtverordneter, Freital.

Gewaltige Kundgebungen in Berlin

Berlin, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern abend fanden in 21 Berliner Bezirken trotz stürmischen Regens sehr mannhaft verlaufende Demonstrationen zur Einleitung des Volksbegehrens statt. Mit zahlreichem KPD-Kapellen und Transparenten vollzog sich der Aufmarsch. Die spazierbildende Bevölkerung begrüßte oft durch lärmliche Jurale die Kundstufen der Transparente: „Man erst recht Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau! Alles bereit zum Schutz der Sowjetunion! Gegen Panzerkreuzer — Für Wohnungsbau und Kinderpreise — Für das Volksbegehren!“ In der Kundgebung wies einer der Redner auf die von dem Reichsbanner verübten Mord in Gerschacht hin. Eine Minute Spannung. Die Musik intonierte „Mutterliche Opfer“. Das Gedächtnis an den Kameraden Küffel gestaltete sich zu einem erneuten Treuebekenntnis zur kommunistischen Partei. Die wichtigsten Kundgebungen des gestrigen Abends in 21 Bezirken in Groß-Berlin bildeten einen Ansporn für zehntausende Berliner Arbeiter, sich mit aller Kraft für den Sieg des Volksbegehrens einzusetzen.

Die Gegner des Volksbegehrens, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, versuchen mit allen Mitteln, den Kampf gegen den Panzerkreuzerbau unwirksam zu machen. Die bürgerliche Presse übt nach alter Methode die Lachweigeraktion. Auch die sozialdemokratische Presse läßt diese Taktik, soweit es sich um die technischen Maßnahmen zu diesem Volksbegehren handelt.

Dann aber verliert die SPD-Presse, in der würdevollsten Form durch Behe gegen die KPD die Arbeiterkraft von der Beteiligung

an dem Volksbegehren absudalen. Keine Lüge ist zu plump, als daß sie nicht verurteilt werden sollte. Nachdem die SPD-Führerschaft gemerkt hat, daß man mit der Thälmannheide weder bei den Mitgliedern unserer Partei noch bei dem Gros der Arbeiter etwas ausgerichtet vermag, geht man zu einer anderen, jedoch genau so plumpen Verwirrungsmethode über. Die SPD-Zeitungen übernehmen mit Freuden eine Lügenmeldung aus dem Zuhler Volkswillen, einem ehemaligen ultralinken, jetzt sozialdemokratischen Blatte. Nach dieser Meldung sollen in Berlin und im Ruhrgebiet Parteifunktionäre der KPD die Durchführung der Arbeit zum Volksbegehren verweigert haben. Nach unseren sofort eingezogenen Erkundigungen ist an all diesen Meldungen der SPD kein wahres Wort.

Die SPD-Sekretäre und Redakteure wissen selbst ganz genau, daß ihre Mitteilungen nicht den Tatsachen entsprechen, sie handeln aber nach dem Prinzip: „Schwindele nur drauffies, etwas Nichts schon hängen!“

Die Arbeiter werden auf den Schwänkel der SPD nicht hereinfallen. Die Massen des Proletariats sind mit uns gegen den Panzerkreuzerlogikalismus. Das zeigte die gestrigen Aufmärsche von Berlin, das zeigt die Sammelaktivität und die Ergebnisse der Sammlungen.

Unsere Funktionäre werden auf die Heißkampagne der SPD mit erhöhter Arbeitsleistung, die Arbeiter mit um so regerer Beteiligung am Volksentscheid antworten.

Heute beginnen die Einzeichnungen. Schon heute heraus, am ersten Tage schon demonstriert euren Willen!

Wie die Berliner Arbeiter aufmarschieren, so marschieren auch Ostfachsen auf. Alle Mann zu den Einzeichnungstafeln!

Die Lügenheke der SPD

Die sozialdemokratische Presse trotzt seit Tagen von Angriffen gegen die KPD. Ganz offensichtlich: muß sie doch mit allen Mitteln versuchen, einen Aufmarsch der Massen zum Volksbegehren zu verhindern. Mit jählichen Mitteln kann man das nicht machen. Die Tatsache der Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau bleibt bestehen. Bestehen bleibt die Tatsache, daß der Parteivorstand mit aller Kraft die Partei in den imperialistischen Fahrwasser lenkt. Nicht steht, daß Seering im ganzen Reich herumgondelt, um die sozialimperialistische Politik zu predigen. Nicht steht auch, daß auf der Redakteurenkonferenz in Köln die jählichen Redakteure geprügelt wurden. Auf der Reichsbannerversammlung in Hannover (nicht Berlin, wie an einer anderen Stelle irrtümlich gemeldet wurde) haben die Sachien eine derbe Abfuhr erhalten. Sehr scharf haben auf dieser Reichsbannerversammlung Hörsing und Seering den nationalsozialistischen Kurs proklamiert. Seering verübte, 4 Jahre mindestens Minister bleiben zu wollen. Das heißt, die SPD-Minister werden sich den Forderungen der Bürgerlichen weihen unterwerfen. Die ostfälischen Sozialdemokraten hatten die Forderung erhoben, den Repräsentanten der SPD, Erdmann Neißner, zum Gauvorsitzenden zu bestätigen. Die Bundestagung hat diese Bestätigung nicht ausgesprochen. Die jählichen „Linken“ stehen überall da als die gezügelten Hunde, wie der allsozialdemokratische Volksstaat sie gestern beschrieb. Aber diese gezügelten Hunde veritieren treu und bieter die Panzerkreuzerpolitik des Parteivorstandes. Sie lassen die Kule, mit der sie verbrochen werden. Diese Redakteure, denen Wels die Schippel, Heilmann und Roske als Vorbilder hingestellt, und die dies schwiegend hinnahmen, die sich jetzt als die treuen Fröhdline des Panzerkreuzerkaules gegen das kommunistische Volksbegehren aufspielen, eröffneten am vergangenen Freitag ihre Anwürfe mit einem Angriff gegen

die Arbeiterstimme. Wir seien einer der „beschränktesten und wertvollsten KPD-Ableger“.

Kun, wir haben den Herren vom Westerntag einige Male eine Möglichkeit geboten, zu zeigen, daß sie bedeutend klüger sind und etwas mehr verstehen. Wir haben sie zu theoretischen Auseinandersetzungen herausgefordert. Die Antwort war immer eine fade Schimpferei. Im übrigen weiß die Volkszeitung genau, daß sie lügt, wenn sie des großen und breiten die Abhängigkeit der KPD-Zeitungen und Angehörigen von Moskau in einer ganzen Spaltenbreite behandelt und dort die widersprüchlichsten Behauptungen aufstellt. Der KPD-Gest wird nicht vom russischen Rubel bestimmt, wie die Volkszeitung behauptet, sondern vom Geist des internationalen Klassenkampfes. Dafür — davon sind wir überzeugt — mangelt aber den sozialdemokratischen Führern, auch den „Linken“, jedes Verständnis. Sie reden zwar von Internationalismus, sie sind auch bereit, die Notwendigkeit des Internationalismus der Arbeiter rhetorisch anzuerkennen. Aber ihre Handlungen sind rein nationalsozialistisch. Siehe Panzerkreuzerbau in Deutschland, Kriegsdienstgesetz in Frankreich, Kolonialunterdrückung mit Kriegsschiffen in England. Überall, wohin man blickt, betreiben die Sozialdemokraten blanke bürgerlichen Nationalismus. Für wirkliche internationale Handlungen der Arbeiter, für die internationalen Handlungen der KPD haben diese Sozialdemokraten nur noch Schimpfereien, Verdächtigungen und Verleumdungen übrig.

Das zeigt die Verjüngung der SPD zu einer absoluten Kleinbürgerlichen Bourgeoispartei. Hier sprechen die Taten der Sozialdemokraten aller Länder so bereit, daß jeder Arbeiter anfangt, das zu begreifen.

Als ein besonderes Futter nimmt die SPD-Presse die Hamburger Vorfälle in der KPD. Hier nun glaubt sie einen Bissen gefunden zu haben, der ihr helfen soll, über die Panzerkreuzeroffäre hinwegzukommen. Zeugnend ist, daß die Volkszeitung, je mehr die „Linken“ geprügelt werden, um so lauter gegen die Kommunisten brüllt. Sie zeigt dem Vorstand, daß Prügel für sie die richtige Erziehungsmethode sind. Wohl! um dem Parteivorstand zu gefallen, überhöht sich die Volkszeitung in Schimpfereien. Mit der Korruption in der KPD kann sie nicht viel anfangen. Das weiß die Volkszeitung selbst, denn sie muß schreiben: „Daß Thälmann sich an den Unter-schlagungen beteiligt hat, ist nicht anzunehmen.“ Um aber trotzdem einen Verleumdungsflugzug aufziehen zu können, beginnt sie ihr Rubelgeschwätz. Was dazu sachlich zu sagen war, ist schon oben geschrieben. Im übrigen ist die Waige

Alle Sabotageversuche

bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über das Volksbegehren müssen in besonders trassen Fällen

sofort telegraphisch

dem Zentralkomitee gemeldet werden.

Telegrammadresse: Kompartei, Berlin.

Kapitulation der SPD vor dem Faschismus

Vor ersten Ereignissen in Österreich — Empörung unter den Wiener sozialdemokratischen Arbeitermassen

Wien, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Die sozialdemokratische Presse hatte gegen das Verbot des sozialdemokratischen Ausmarsches am 7. Oktober Neurs an die österreichische Landesregierung, die aus vier christlichsozialen Gewerkschaften und zwei Sozialdemokraten besteht, eingelegt. Die Landesregierung, die getrennt zusammengetreten ist, hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die sozialdemokratische Kundgebung darf stattfinden, wenn sich die Sozialdemokratische Partei den ursprünglichen Wünschen der Anwesenden, d. h. den von diesen für sich beanspruchten Teil von W. Neuhardt vollständig räumt. Die Aufhebung des Verbotes ist also mit der Unterwerfung unter den Wunschkreis der Anwesenden erlaubt worden. Diese Unterwerfung bedeutet, wie vor einigen Tagen die Arbeiterzeitung selbst schloß, durch den Verzicht auf die für die Heimwehren beanspruchten Hauptplätze eine Auslieferung der Stadt an die Heimwehren. Der Bundeskanzler Seipel hat die Heimwehrenführer Steidle und Pflümel wieder zu einer Beratung eingeladen, nachdem diese vorher längere Konferenzen mit dem Polizeipräsidenten Schönerer hatten. Es handelt sich offensichtlich um eine Sicherung der militärischen Zusammenarbeit am 7. Oktober. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Aufhebung des Verbotes des Arbeiterausmarsches am 7. Oktober in Wien-Neuhardt unter dem Druck der auswärts erzeugten Arbeitermassen erfolgt ist. Weder Regierung noch Sozialdemokratie magten die Verantwortung für spontane Kundgebungen der Arbeiterklasse unter Nichtachtung des Verbotes auf sich zu nehmen. Die Bewegung ist so ungeheuer, daß nach übereinstimmenden Meldungen bürgerlicher Vertreter des Bürgertums von Wien-Neuhardt bereits Vorbereitungen trifft, um Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen. Es wird damit gerechnet, daß die Arbeiter bereits am Samstag in den großen Industriegebieten die Arbeit niederlegen und sich in den Straßen sammeln werden, um den Aufmarsch der Heimwehren zu verhindern. In dieser Situation bietet sich die österreichische Sozialdemokratie dem Bürgertum wieder als Helfer in der Not an und erklärt sich bereit, den Heimwehren die entscheidendsten Bezirke der Stadt zu überlassen und die Arbeiterdemonstrationen auf kleine Stadtteile zu beschränken. Damit zeigt die Sozialdemokratie die reaktionäre Kapitulation vor der Reaktion und ihrer schicksalhaften Bürgerkriegsarmee.

In der sozialdemokratischen Presse des Reiches wurden mit großer Entrüstung Telegramme über das Verbot des Arbeiterausmarsches in Wien-Neuhardt veröffentlicht. Dieses Verbot konnte aber nur erfolgen, weil die Führung der österreichischen Sozialdemokratie ein solches Verbot mit allen Kräften anstrebte. Noch am Sonntag veröffentlichte die österreichische bürgerliche Korrespondenz, hervor aus sozialdemokratischen Kreisen folgendes:

Die Arbeiter würden sich trotz eines Verbotes nicht abhalten lassen, nach Wien-Neuhardt zu gehen und zu fahren und die sozialdemokratischen Führer würden sie dann nicht abbringen können, selbst wenn sie mit Einschüßungen zu ihnen sprechen würden. Die Mandatäre der Sozialdemokratischen

Partei haben derartige Befürchtungen gleich von allem Anfang an abgelehnt. Aus diesem Grunde haben auch die Sozialdemokraten ihre Vollzugsbefehle gemacht, mit welchen derartige Aufmärsche auch in Zukunft unmöglich gemacht worden wären.

Diese Vollzugsbefehle waren Vorschläge, keine Kundgebungen, die Kundgebung der Heimwehren und der Sozialdemokraten, zu verbieten und eine Abtragung der Heimwehren und des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes gleichzeitig durchzuführen, für eine bestimmte Periode sowohl auf Heimwehren als auf sozialdemokratische zu verzichten.

Die Regierung, die immer besser erkennen konnte, wie die Sozialdemokratie, je näher der 7. Oktober heranrückte, desto mehr beunruhigt wurde, verhängte dann am Sonntag das Verbot, da eine Delegierten-Konferenz der Wiener-Neuhardt Arbeiter am Sonntag beschlossen hatte, um jeden Preis zu demonstrieren. Sie zeigte damit, gegenüber dem sozialdemokratischen Parteivorstand, die er gegenüber den Arbeitern brauchte. Sofort legte der Gewerkschaftsbund die Kundgebung ab. Nebenstatten und phrasenhafte Anklagen gegen die Regierung und gegen das Verbot beweisen nur, daß die SPD-Führung ihre Kapitulation den Arbeitern schamhaft zu machen versucht. Wie sehr alles bereits für die Überlieferung des Wiener-Neuhardt Industriegebietes an die Heimwehren von der SPD vorbereitet war, geht weiter daraus hervor, daß schon vor einigen Tagen der Gewerkschaftsbund keine Kundgebung für das ganze Land Österreich in das 150 Kilometer von Wien-Neuhardt entfernte Leoben anberaumt hatte und die Wiener Arbeiter nicht oder weniger aufgelegt worden waren, sich mit am Aufmarsch zu beteiligen.

Auch in dieser Situation gab aber die österreichischen Arbeiter nicht nach. Auf Initiative der Kommunisten ist gestern in der Nähe von Wien eine Konferenz der proletarischen Abwehr-Komitees zusammengetreten. Von über 100 Delegierten waren fast die Hälfte sozialdemokratische Betriebsräte und Funktionäre. Unter dem Druck der kommunistischen Abwehr-Komitees wendete sich auch die „Linke“ Sozialdemokratie, die seit dem 15. Juli eine schwache Gruppe in der SPD darstellte und eine politische Arbeitsgemeinschaft bilden, mit einem Aufruf an die Wiener Arbeiter und forderte sie auf, im dem Betriebe den Kampf nach Wien-Neuhardt zu beschließen. Die sozialdemokratische Presse heult gegen die Kommunisten, die heutzutage inabsondere gegen die Lösung der Kommunisten, den Eisenbahnerstreik gegen den Heimwehrenaufmarsch zu organisieren und den Aufmarsch schon an seinen Ausgangspunkten zu bekämpfen.

Das Verbot der Regierung und die Kapitulation der Sozialdemokratie lassen für den 7. Oktober die erwarteten Dinge erwarten, da die Arbeiter eine ungeheure Empörung erlitten hat, die in manchen Punkten Ähnlichkeiten mit den Tagen des 15. Juli 1927 und des 21. Dezember 1928 aufweist.

Die Wiener Rote Fahne verboten

Wien, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Rote Fahne ist getilgt wegen eines Aufrufes, der die kommunistische Lösung der Permafrost der Proletariats begründet, worin die Staatsanwaltschaft das Verbrechen der Aufreizung zum Bürgerkrieg erblickt, wieder beklagend gemacht worden.

Die Kampfront gegen den Banzerkreuzerbau wächst!

Das Volksbegehren marschiert! — Immer mehr Organisationen rufen auf!

Der Reichsausschuß für Volkswirtschaft gegen Banzerkreuzerbau Berlin, Adolfsstraße 73, erhebt von der Welt-Jugendliga (Verband Deutschland) folgende Forderung:

„Werte Genossen! Im Auftrag unserer Organisation teile ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Volksbegehren mit und überlasse Ihnen die eventuelle Verwendung des Beschlusses. Er lautet: Die Reichskonferenz der Welt-Jugendliga, Verband Deutschland, empfiehlt ihren Mitgliedern dringend, sich in die Kisten für das Volksbegehren gegen den Banzerkreuzerbau einzutragen. Sie wird gegen jede Austragung entschieden Stellung nehmen und die Propaganda gegen den Banzerkreuzer energisch unterstützen. Der WJL ist es ihrer Struktur nach nicht möglich, sich als Gesamtverband dem Reichsausschuß für Volkswirtschaft gegen Banzerkreuzerbau anzuschließen, sie stellt es ihren Mitgliedern frei, sich dazwischen zu beteiligen.“

„E. W. Freising-Verband, Berlin, schreibt dem Reichsausschuß:

„Werte Genossen! Gemäß Beschluß unserer Mitgliederversammlung vom 22. September erklären wir unseren Beitritt zu dem Berliner Ausschuß für Volkswirtschaft gegen Banzerkreuzerbau. Mit freigeistlichem Gruß.“

Der Bund der Kriegsdienstgegner, Deutscher Zweig der Internationalen der Kriegsdienstgegner, schreibt:

„Der Bund der Kriegsdienstgegner hat auf seiner letzten Versammlung beschlossen, sich dem Volksbegehren gegen den Banzerkreuzerbau anzuschließen. Er wird seine Mitglieder auffordern, sich in die Kisten einzutragen und energisch dafür zu werben.“

Lohmann ist tot — es lebe Raeder

Der „Berliner Bankverein“, die Hauptzentrale aller Lohmann-Unternehmungen, hat seinen letzten Generalversammlung abgehalten. Es wurde Liquidation beschlossen. In Wahrheit aber scheint es sich lediglich um eine sogenannte „innere Umstellung“ unter Farbenwechsel zu handeln. Darauf weist auch der Umstand hin, daß von der gesamten alten Verwaltung zwei Männer in ihrem Amt belassen worden sind, von denen einer Herr Alfred Daus ist. Dieser, in weiten Kreisen unbekannt, Herr, dessen Name während des ganzen Lohmann-Skandals von der gesamten bürgerlichen Presse sorgsam verschwiegen wurde, obgleich gerade er kein Strohmann war. — Herr Daus also ist in seiner zweiten Eigenschaft Präsident der „von der Heubitz Bank“. Wenige wissen, daß dieses Institut eine Familienbank der Heubitz ist. Das war — und bleibt — der Verbindungsmann zwischen dem Stahltrust und den „Schwarzen“ Reichsbahnen. Durch ihn gehen all die Geschäfte nach Lohmannischer Art, wobei die Hauptbediener die schmerzhafte Lieferanten sind. Nicht umsonst hieß höchste Beamte der Reichsmarine im Präsidium des Reichswirtschaftsrates der Deutschen Industrie, beispielsweise der Admiral Raeder. Es gibt Belege dafür, daß zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsverband der Deutschen Industrie eine Preislenkung besteht, wonach die Lieferanten in ihren Rechnungen Beiträge einlefen, die nach vorheriger Vereinbarung den Wert der gelieferten Materialien um 40 bis 60 Prozent übersteigen. Ein Teil dieser Ueberpreise geht an die Schwerindustrie, der andere Teil an eine bestimmte Klasse zur Verfügung der schwarzen Stellen im Reichsfinanzministerium. Von diesen Schiebungen sollen sogar auch bestimmte Stellen im Reichsfinanzministerium unterrichtet sein, denn auf ihre Anweisung hin werden die Steuererklärungen der betreffenden Lieferfirmen von den Präsidenten der Landesfinanzämter persönlich bearbeitet, da die Lieferanten natürlich die von ihnen an die schwarze Reichsmacht zurückgezählten Beiträge nicht versteuern wollen.

Lohmann ging — Jenfer ging. Daus, Raeder und Groener

lo oft, daß sich die Volkszeitung bald eine neue zulegen sollte. Da die Ausbeute der Thälmann „Korruption“ sehr spärlich ist, wird eben ein allgemeiner Verteilungsstreik ausgerufen.

In der oben erwähnten Weise schimpft die Volkszeitung die Hamburger revolutionären Arbeiter, „Jonahagel“ aus der Hafenstadt, aus den Elendsquartieren, das sind die Beziehungen, die die SPD-Presse für die verelendeten Arbeiter übrig hat. Nun, die revolutionären Arbeiter werden den SPD-Führern darauf selbst die Antwort geben.

Da die Banzerkreuzerbetrüger und Korruptionshelden der SPD sehr gut wissen, daß sie auf die Arbeiterklasse weder mit ihrer „moralischen“ Entrüstung noch mit dem niederträchtigsten Versuch, den Genossen Thälmann der Korruption zu beschuldigen, irgendwelchen Eindruck machen, greifen sie zu einer anderen Methode: sie lancieren Meldungen über eine angebliche „Bestürzung“ in der SPD über die Weigerung der Mitgliedschaft, Parteiarbeit zu leisten um. Sie verwechseln dabei die Kommunistische Partei mit der SPD, die in den letzten Wochen in vielen Tausenden von Hüllen schliefen konnte, daß die Mitgliedschaft und die Funktionäre als Antwort auf die Banzerkreuzerbeschlüsse der höchsten Instanzen der SPD jede Parteiarbeit verweigerten. So meldete der Sozialdemokratische Parteivorstand vor einigen Tagen, daß im 14. Verwaltungsbezirk der SPD Berlin eine große Anzahl von Parteimitgliedern die Mitgliedschaft und die Arbeit für das Volksbegehren, bis zur Klärung der Hamburger Angelegenheit und der Angelegenheit Thälmann“ verweigert hätten. Außerdem ließ sich der Sozialdemokratische Parteivorstand aus Bochum telegraphieren, daß die Düsseldorf-Bezirksleitung der SPD ein Rundschreiben herausgegeben hätte, in dem die Mitgliedschaft aufgefordert worden wäre, Ruhe zu bewahren und der Partei treuzubleiben.

Wie wir von der Berliner Bezirksleitung der SPD erfahren, wurde im 14. Verwaltungsbezirk (Reinickow) festgestellt, daß kein einziges Parteimitglied die Beiträge oder die Parteiarbeit für die Durchführung des Volksbegehrens verweigert hätte. Die Hausorganisation, die am Sonntag, dem 30. September durchgeführt wurde, fand unter einer viel größeren Beteiligung der Parteimitgliedschaft und der Mitglieder der inaktivierten Organisationen statt, als dies seit längerer Zeit überhaupt verzeichnet wurde. Es fand eine größere Anzahl von Rekrutierungen in die Partei statt. Das Sammelergebnis für das Volksbegehren betrug über 1500 Mark. Dieses Ergebnis entspricht übrigens dem Verlauf der Sammel- und Werbetaufnahmen für das Volksbegehren auch in den übrigen Verwaltungsbezirken, die ebenfalls von glänzender Kampfbeteiligung getragen wurde.

In der Schwindelmeldung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes über Düsseldorf teilt uns die Bezirksleitung der SPD Niederrhein folgendes mit:

„Die Bezirksleitung Niederrhein erklärt zu der Notiz in der SPD-Presse, daß sie in der letzten Zeit überhaupt kein Rundschreiben, geschweige denn ein solches zu den Hamburger Vorgängen herausgegeben hat. Die Behauptung der SPD-Presse, daß die Funktionäre sich weigern, auf Grund der Hamburger Vorgänge Parteiarbeit zu verrichten, ist völlig unzutreffend und aus der Luft gegriffen. Im ganzen Bezirk Niederrhein ist kein einziger derartiger Fall bekannt, im Gegenteil beweisen die Ergebnisse der Werbetaufnahmen für Partei und Presse eine erhöhte Aktivität in der gesamten Partei.“

Zum Schluß eine Feststellung, die die ganze Erbärmlichkeit der sozialdemokratischen Vorgehensweise gegen den Volksentscheid in stelle Befestigung rückt: Der Subler Volkswille (bekanntlich ein SPD-Organ) bringt in seiner Nummer 29 vom 1. Oktober eine wörtliche Wiedergabe einer der vielen dreifachen Verteilungen und Vagenheiten, die im Vorwärts bzw. in der sozialdemokratischen Presse über „den gestürzten Thälmann“ und über die SPD veröffentlicht waren. Da aber der Subler Volkswille noch in guter Erinnerung hat, daß die Subler Arbeiter den Vagenheiten des Vorwärts keinen Kredit schenken, steht er dem Artikel plump-froh die Zeile voran: „Die Rote Fahne schreibt.“

Damit hat der Subler Volkswille den Bogen abgeschlossen. Aber diese plump-naive Fälschung ist nur eine proteste und zäppische Plakate der Fälschungen der gesamten sozialdemokratischen Presse.

Die neueste Meldung ist: In Bremen ist der frühere Sekretär Osterloh wegen Korruption und Unterschlagung angeklagt worden. Hierzu muß festgestellt werden, daß bereits am 28. Mai unser Bruderblatt den Ausschluß Osterlohs wegen parteischädigenden Verhaltens bekanntgemacht hat. Auf keinen Fall handelt es sich dort um eine Unterschlagung. Das irrtümliche Heranziehen der Angelegenheit ist eine bewusste und grobe Fälschung.

Mit wahrer Wonne wühlt die Volkszeitung in den einzelnen Geschichten herum. Man merkt aber zu deutlich die Absicht, Äußerungen von den politischen Vergehen der SPD gegen die Arbeiter, die Arbeiter aber erkennen die Absicht. Die Arbeiter haben Barma und Kuffler noch nicht vergessen. Sie haben nicht vergessen, daß Kuffler ein goldenes Zigarettenetui geschenkt bekam, daß Heilmann Aufsichtsrat bei Barma und dafür besondere Subsidien bezog. Heilmann ist aber trotzdem noch Vorsitzender der preußischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Für Barma-Subsidien leisteten aber die Sozialdemokraten in Regierungskreisen den Kapitalisten weitest Gegenstände.

Die schließlichen Arbeiter haben auch noch keineswegs die Enthüllungen des Volksstaats vergessen, der feststellte, daß die Dresdener Sozialdemokraten zum Ausbau ihrer Sekretariate

150 000 Mark Unterschmergelber erhielten. Den Herren vom Wettinerplatz sieht die moralische Entrüstung schlecht zu Gesicht.

Der Aufmarsch zum Volksbegehren wird den Sozialdemokraten zeigen, daß auch ihre schamhaftesten Ablenkungsmanöver nicht imstande sind, die breiten Schichten der Arbeiterklasse und der wertvollen Bevölkerung von der Beteiligung am Volksbegehren und am Volksentscheid, an der Millionenemigration gegen imperialistische Kriegsverstärkungen und Koalitionspolitik abzuhalten. Die Massen marschieren: unter Führung der einzigen Arbeiterpartei, der SPD.

Ein sozialdemokratischer Reinfall

Einen glänzenden Reinfall erlebte der sozialdemokratische Betriebsrat der Zigarettenfabrik Delta. Die im Betrieb beschäftigten Genossen verlangten vom Betriebsrat die Genehmigung zum Umlauf von Sammelkassen für das Volksbegehren. Der frumme SPD-Mann lehnte das mit der Begründung ab, keine Partei sei gegen das Volksbegehren. Darauf wandte sich ein Genosse mit dem gleichen Erlaß an die Betriebsleitung, die zum Erstaunen des sozialdemokratischen Betriebsrates die Genehmigung erteilte. Unseren Genossen war somit Gelegenheit gegeben, in den Pausen ihre Sammelkassen durchzuführen.

Die sozialdemokratische Sabotage macht sich auch in anderen Betrieben bemerkbar. Die sozialdemokratischen Betriebsräte versuchen hier und dort, wenn auch vergeblich, die Betriebsammlungen zu unterbinden. In der Feldschlösschenbrauerei betätigte sich der SPD-Betriebsrat Kert als getreuer Trabanten seiner Banzerkreuzergenossen. Unsere Genossen werden die sozialdemokratische Sabotage mit verstärkter Propaganda und Sammelaktivität beantworteten.

beiden. Unter welchem Armentidid wohl wird der „liquidierete“ Berliner Bankverein auferstehen? Und ob Erneuerung auch das zu den „Rotenblättern“ der Reichspolizei“ rechnet?

Nochmals: Wer trägt die Schuld?

Die Vordrieße des Reichsbanners

Berlin. Der Abend wiederholt heute die jechen Tüge, daß in Gochbad die roten Frontkämpfer selbst ihren Kameraden Kaffee erholten hatten. Das SPD-Blatt beruht sich dabei auf den Bericht bürgerlicher Zeitungen, die selbst von der Hamburger SPD „informiert“ worden sind. Außerdem bringt der Abend einen Bericht der Hamburger SPD, aus dem die Schuld der Reichsbannerführer klar hervorgeht. Es heißt so:

Der Zug marschierte etwa eine Stunde ohne den geringsten Zwischenfall, bis er an einer kommunistischen Ritzstraße vorbeikommt. Jetzt geschah das Unerhörte. In der ersten Reihe der Kommunisten der Kommunisten aus dem Lokal heraus, die inoffiziell solange der Zug marschierte, nur zu einem belanglosen Christenwechsell führten. Erst als der etwa einen Kilometer lange Zug des Reichsbanners mit seinem letzten Mannschaften die Ritzstraße verließ, wurden aus einem Tor neben der Wirtschaft Plastersteine, Ziegelsteine und verglühende herausgeschleudert. Mehrere Reichsbannerleute wurden verletzt, zum Teil schwer getroffen, zu Boden. Von den übrigen gab es natürlich kein Halten mehr. Es kam zu einer furchtbaren Schlägerei, bei der die Kommunisten mit Unterstützung kommunistischer Einwohner sich in Häusern und Gärten verchanzten.“

Der Ueberfall der Reichsbannerleute auf das Arbeiterlokal, der ohne Grund erfolgte, (die SPD behauptet, daß es „Schimpfeiten“, das heißt Rot-Front-Kulte gegeben habe), wird als „heftiger Christenwechsell“ bezeichnet. Auch das übrige ist so plump und dumm gelassen, daß jeder Arbeiter schließen kann, daß die Vordrieße des Reichsbanners über die roten Frontkämpfer und Geschädigten Einwohner hergefallen sind.

Aus der Partei

Rückkehr in die Partei

Die ehemalige Reichsgruppe Triebes wieder in die SPD aufgenommen

Die Bezirksleitung der SPD Großhüningen hat beschlossen, das frühere Parteimitglied K. Krause und 11 weitere ehemalige Parteigenossen in die kommunistische Partei wieder aufzunehmen.

Anläßlich der Parteiauswahlversammlung solidarisierte sich Genosse Krause mit ihm der allergrößte Teil der Ortsgruppe Triebes der SPD mit den politischen Auffassungen Krauses. Da diese politische Handlungsweise mit den Grundlinien der Partei nicht vereinbar war, wurde seinerzeit die Bezirksleitung der SPD den Genossen Krause ausschließen.

Die Partei hat wiederholt erklärt, daß sie alle wegen der Parteidifferenzen ausgeschlossenen Genossen, die ihren Fehler einsehen und die Beschlüsse der Partei anerkennen und durchzuführen bereit sind, wieder in die Partei aufnehmen werde.

Die obgenannten Genossen haben ihren Wiedereintritt in die Partei beantragt und erklärt, daß sie die Politik der Partei für richtig halten, die Beschlüsse und Grundlinien der Partei anerkennen und sich verpflichten, die Beschlüsse durchzuführen, sich an die Parteidisziplin gebunden fühlen und jede Verbindung mit außerhalb der Partei stehenden Personen abbrechen wollen. Da diese Genossen die politischen und organisatorischen Selbstverständlichkeiten, an die sich jedes Mitglied der SPD gebunden fühlt, ebenfalls anerkennen und sie als Begründung für ihre Wiederaufnahme in die Partei anführen, fand der Wiedereintritt dieser Genossen nichts im Wege. Die Bezirksleitung der SPD Großhüningen ist nach wie vor der Auffassung, daß Reintegrationsverfahren über parteipolitische Anreden durchaus im Rahmen unserer Partei angetragen werden können. Die SPD hat gleichzeitig beschlossen, daß diejenigen Mitglieder der ehemaligen Reichsgruppe in Triebes, die sich auf den Forderungen der Erklärung des Genossen Krause stellen, nach Prüfung ihres Aufnahmegebührens ebenfalls in die Partei wieder aufnehmen sind.

Jena, den 28. September 1928. Bezirksleitung der SPD Großhüningen.

An alle Straßenbahner Dresdens!

Die am 1. Oktober in den Generalen Streikenden Straßenbahner sind die ersten, die sich dem Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angeschlossen haben. Sie sind die ersten, die sich dem Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angeschlossen haben.

Seit 4 1/2 Jahren wird in Dresden Tarifpersonal beschäftigt. Seit 4 1/2 Jahren führt dieses Tarifpersonal einen harten Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn in diesen Jahren einige geringfügige Verbesserungen erreicht wurden, so sind diese, gemessen an der heutigen Zeit, längst überholt. Die Ausbeutung ist größer denn je, und die neulärtesten Ausbeutungsmethoden werden viel geschickter zur Anwendung gebracht. Das verspüren alle Straßenbahner am eigenen Leibe.

Erreicherweise ist bei den Straßenbahner ein Wachstum des Klassenbewusstseins festzustellen. Es ist in kurzer Zeit gelungen, und dies vor allem durch die aktive Tätigkeit der Opposition, eine verhältnismäßig starke freigewerkschaftliche Organisation der Kollegen herzustellen. Die Kollegen sind sich der Wichtigkeit der Sache bewusst und sind bereit, in aktiver Kampfhandlung einzutreten. Immer wurden sie jedoch infolge der falschen reformistischen Gewerkschaftspolitik und -taktik durch die Gewerkschaftsleiter vom Kampfe zurückgehalten. Die Kollegen erkennen, trotz der Strafen der Gewerkschaftsleiter, daß sie die Leidtragenden der falschen Gewerkschaftspolitik und -taktik sind. Die besondere Eigenart des Straßenbahnbetriebs und der besonderen Lage, den die Straßenbahn im Wirtschaftsleben Dresdens einnimmt, bringen es mit sich, daß die Straßenbahner beim geschlossenen Zusammengehen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen starke Nachmittel besitzen. Diese Nachmittel wurden von den Gewerkschaftsleitern infolge ihrer wirtschaftsfeindlichen Einstellung zum Schaden der Arbeiterklasse bewußt nicht in Anwendung gebracht, jeder Kampf wurde verhindert, und so standen vor der Opposition der Straßenbahner nur jeder die großen Aufgaben einer wirklichen Gewerkschaftsarbeit.

Die im Verkehrsverband organisierten Dresdner Straßenbahner glaubten sich mit Recht betrogen und zogen daraus den falschen Schluß, dem Verkehrsverband den Rücken zu kehren. Die Opposition trat stärker denn je auf den Plan. Sie überzeugte diejenigen, die abtrünnig werden wollten, wie schädlich die Schwächung der Organisation ist. Der Kampf ist zu führen innerhalb der Gewerkschaft, bis der alte Grundgedanke der uneingeschränkten Klassenkampfes, bei den Wirtschaftskämpfen die Anwendung der revolutionären Gewerkschaftstaktik, sich durchgesetzt hat. Der mutige Kampf und die klare Linie der Opposition führten dazu, daß die Masse der Straßenbahner sich um die Opposition scharte und die Front gegen die mit der Bourgeoisie kollaborierenden, reformistischen Gewerkschaftsleiter immer härter wurde.

Die Spaltungsarbeit in der Gewerkschaftsbewegung, Verhinderung jeder demokratischen Demokratie, wurde nun auch im Verkehrsverband unter Führung des Arbeiterbildungs-Komitees betrieben. Als Sektionsleiter der Straßenbahner und Vorsitzender der Zahlstelle Dresden des Verkehrsverbandes, sowie seine engsten Freunde haben ihre Kräfte bedient, und sie gingen, anstatt eine wirkliche Interessensvertretung der Straßenbahner zu gewährleisten, zu einer Offensive gegen die Opposition über.

Die Funktionserhebung der Kollegen Garbe und Berger, das Ausschließen der Kollegen Berger, der mangelnde Verzicht der Disziplinierung des Kollegen Gänge, um ihn als Betriebsrat zu erlauben, sowie der gewerkschaftsfeindliche Auspruch Koles, daß er vor Ausschließen nicht zurückweicht, auch dann nicht, wenn viele Kollegen die Organisation verlassen, zeigt den Spaltungskurs der Koles und Co. sehr vor den Augen der Arbeiterklasse deutlich, wer die Spalter der Arbeiterbewegung sind.

Straßenbahner-Kollegen!

Jetzt heißt es aufgezählt, um seinen falschen Weg zu gehen. Aus dem Verkehrsverband austreten, sich dem Selben Verein anschließen, bedeutet nichts anderes als eine isolierte Schwächung und Zurückschlagung der Straßenbahnerbewegung auf Jahre hinaus. Wir würden unfähig sein, bei kommenden Bewegungen Kampfhandlungen zu führen, wenn wir uns zerplittern. Dies dient nur der Bourgeoisie. Hier liegt die Gefahr, das gilt es zu erkennen. Lange ist die Zeit reif für eine zwischenstaatliche Lohnbewegung. Geben wir den falschen Weg, dann werden wir machtlos. Weil wir das erkennen, rufen wir euch zu:

Kein Austritt aus dem Verband! Kein Zurückweichen vor der reformistischen Bürokratie! Kampf im Verkehrsverband für die Vereinfachung des Arbeiterbildungs-Komitees als Sektionsleiter der Straßenbahner!

Koch einmal wird es der reformistischen Bürokratie nicht gelingen, entgegen dem Willen der Mitgliedschaft einen Betriebsrat zusammenzubringen, denn die Opposition und alle Straßenbahnerkollegen werden zu verhindern wissen, daß unter Ausschaltung jeglicher gewerkschaftlicher Demokratie die Verbandsleitung dem Straßenbahner einen Betriebsrat auf die Knie legt.

Die Versammelten sind sich aber auch klar, daß die bisherige Geschlossenheit und Bereitschaft zu Kampfhandlungen nicht nur erhalten, sondern gesteigert werden muß. Unter Klasseninteresse erfordert, daß wir trotz des bestehenden Tarifvertrages uns einen höheren Lohn erkämpfen, und wir fordern daher alle Straßenbahner auf, mit uns diesen Kampf vorzubereiten und, wenn der offene Kampf ausbricht, ihn einheitlich und geschlossen zu führen. Der eigene Wille der Straßenbahner verbürgt den Sieg. Die Opposition ist bereit, Seite an Seite mit allen Straßenbahner für die Verbesserung unserer elenden Existenzbedingungen zu kämpfen.

Ungeachtet der zwischenstaatlichen Lohnbewegung gilt es heute schon die Lohnbewegung zum Ablauf des Tarifes vorzubereiten. Koch einmal kann und darf es der Gewerkschaftsbürokratie unter Führung Koles nicht gelingen, die Straßenbahner vom Kampf abzuhalten. Denn wir alle wissen, daß wir durch ernste Kampfhandlungen uns in der vergangenen

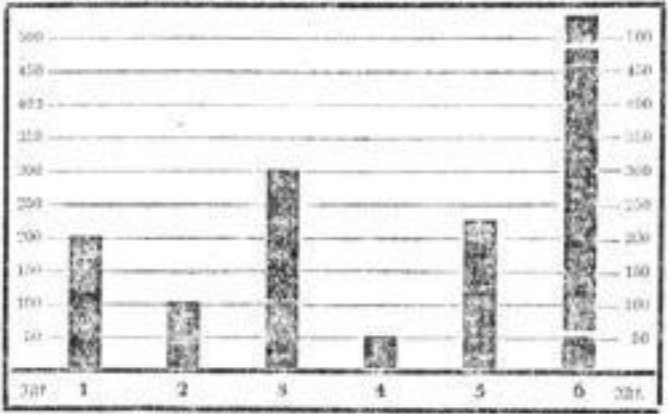
Jetzt einen besseren Tarifvertrag erkämpfen konnten und für die Zukunft uns erkämpfen können.

Kollegen, wenn es unsere Lebenslage verlangt, dann seid bereit zum Kampf um höheren Lohn. Unter der Siegf, trotz alledem!

Keine Zerstückelung der einheitlichen Front! Darum hinein in den Verkehrsverband! Kampf dem Spaltungskurs der Reformisten! Schart Euch lester um die Opposition!

Munition gegen Bauerzweckbau

Trotz der größten Anstrengungen der SPD und der Gewerkschaften sammeln sich die Arbeiter zum Kampf gegen die Käuflinge der Bourgeoisie. Als weiteres Beispiel hierfür dient die Sammlung bei der Bauern-Vereinigung. Zur Durchführung des Volksbegehrens brachten die Kollegen in kurzer Zeit 12,50 Mark zusammen. Bis jetzt zeigt das Ergebnis der Sammlung in den Dresdner Stadtteilen folgendes Bild:



Wo bleiben die Unterbezirke?

Regierungskrise und Pogrompolitik in Bulgarien

Die bereits „gelöste“ Regierungskrise in Bulgarien und der von beiden Parteien der Regierungspartei rücksichtslos genährte Kampf gegen die innere Spaltung des bulgarischen Volkstums unter dem Einfluß äußerer Geld- und Kapitalgeber. Der Versuch Jankoffs, nach dem gemeinsamen diplomatischen Schritt Englands und Frankreichs in Sofia zur Staatsmacht auf friedlichem Wege zu gelangen, nachdem er zweimal es auf dem Wege des Umsturzes versucht, ging auch diesmal fehl. Er rechnete hierbei auf die Unterstützung Englands und Frankreichs und eines Teiles der Offizierskorps, der Reformisten und der bewaffneten, tschakawischen Organisation „Kubrat“, „Rudna Salditia“ und takti quantis im Inlande. Tageslang war sein Einfluß in der macedonischen revolutionären Organisation „Imro“ durch die Ermordung seines Anhängers Pjotrowitsch entscheidend vermindert. Seine umhänfjüngeligen Pläne wurden am Vorabend der Krise auch durch das energische Eingreifen des vom König unterrichteten Kriegsministers Wolkow jählich gemacht, der 40 hohe Offiziere der Garnison in Sofia (Jankoff-Anhänger) nach entlegenen Provinzstädten verlegte. Der darauf unternommene Versuch Pjotrowitschs, ein Komitee ohne Wolkow und Trajoff zu bilden, scheiterte. Der König berief dann zu einer Beratung die Führer der bürgerlichen Opposition zusammen. Der Chef der demokratischen Partei, Wolkow, wurde sogar für kurze Zeit mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Diese Wandlungsschritte des Königs erwiderten die sich bekämpfenden Flügel der Regierungspartei. In der Presse erschienen Mahnrufe von Regierungsabgeordneten, die dann aufhörteten, es nicht zuzulassen, daß ein Kabinett der bürgerlichen Opposition und der rechten Bauernhändler zulande kommt, weil es sich dann nicht nur um die „demokratische Ordnung“, sondern auch um unsere eigenen Köpfe“ handele (nach der Tageszeitung „Imro“). Es ist bemerkenswert, daß selbst die ausländischen Stützen des Großhändlers Burroff und des Wollenshändlers Jankoff — England und Frankreich vor den eventuellen Folgen der von ihnen herbeigeführten Krise erschrocken. Es wurde auch ihnen klar, daß der Sturz des vom König ernannten Generals Wolkow als des Repräsentanten des italienischen Einflusses in Bulgarien auf gleichem Wege gewagt und gefährlich ist. Dagegen würde ein von vielen beiden imperialistischen Mächten inspirierter, militärischer Umsturz über einen neuen Volkstumsstand herbeiführen, welcher dann nicht nur Wolkow und den italienischen Einfluß, sondern auch ihre eigenen Positionen im Lande wegnehmen würde. Aus diesem Grunde zogen England und Frankreich ein Kompromiß mit der Wolkow-Richtung, d. h. mit Koles vor, indem sie ihr Einverständnis gaben zur Bildung eines Kabinetts unter Hinzuziehung des Jankoff-Anhängers Kraljko Wladjarsch an Stelle des bereits vor mehreren Monaten zurückgetretenen Rimon Georgiewitsch — ebenfalls Jankoff-Anhänger — zum alten Kabinett.

In den Tagen der schwachen Regierungskrise wurde indes klar, auf welchen Kosten das neue unzulängliche Kompromiß geschlossen wurde.

Die Regierungspresse kündigte „neue leninistische Enthüllungen“ über die „unterirdische Tätigkeit der bulgarischen Kommunistischen Partei“ an. Demnach sollen nicht weniger als das ganze Zentralkomitee der KPP und seine Unterabteilungen „entdeckt“ worden sein; es sollen alle Verbindungen mit dem Aus- und Inlande, mit den unabhängigen Gewerkschaften, der linken Arbeiterpartei und dem linken Flügel des Bauernbundes, samt ihrer Presse, festgestellt worden sein. All das sei seit längerer Zeit bekannt und beobachtet worden, aber „eine unvorhergesehene Tatsache“ habe schließlich die politische Polizei veranlaßt, ihre neuesten „Enthüllungen“ zu veröffentlichen. Es sei sogar festgestellt worden, daß das Zentralkomitee der KPP Direktiven erteilt habe, wonach „zunächst eine Reihe von revolutionären und terroristischen Aktionen im Wege der Befreiung der Volksmassen ausgeführt werden müßten“. Zur Begründung dieser und ähnlicher Behauptungen wird lediglich darauf hingewiesen, daß das JA der KPP Direktiven zur Veranstaltung von Demonstrationen am 1. Mai erteilt habe (welch ein Verbrechen, den 1. Mai zu feiern!).

Vom Tage

Großer Donndbruch in Flandern

III. Brüssel. In der Gegend von Klempout ereignete sich infolge eines Donndbruchs große Ueberschwemmungen. Militär verlor mit Sandbänken den Deich zu schließen. Das englisch-belgische Kabel läuft Gefahr, zerstört zu werden. Die Katastrophe erinnert an die von dem belgischen Heer im Jahre 1914 ins Werk gesetzte Ueberschwemmung.

Eisenbahnunglück in Polen

II. Warschau. Am Dienstag nachmittag ereignete sich in Starogard eine Eisenbahnkatastrophe, wobei ein Güterzug infolge falscher Weichenstellung in einen auf dem Bahnhof stehenden deutschen Transitzug hineinfuhr. Sechs polnische Wagen und ein Lokomotivender wurden vollständig zerstört. Zwei Zugbegleiter erlitten schwere Verletzungen. Infolge der Trümmerhaufen war der Verkehr auf dieser Linie einige Stunden unterbrochen.

Eine vorchristliche Papyrusrolle entziffert

II. Rom. Wie aus Leningrad gemeldet wird, ist die ägyptische Papyrusrolle in der Eremitage, die seit 200 Jahren studiert wird, nunmehr von russischen Gelehrten entziffert worden. Die Papyrusrolle trägt die Bezeichnung „Mathematik“ und enthält 25 algebraische und geometrische Aufgaben. Die Rolle stammt aus dem 18. Jahrhundert v. Chr. Geburt.

Streik der Postbeamten in China

II. Peking. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind die Postbeamten in Schanghai, Nanjing und Peking Montag in den Streik getreten. Die streikenden Postbeamten verlangen eine Erhöhung ihrer Gehälter um 33 Prozent. Die Regierung hat die streikenden Beamten sofort entlassen. Bis jetzt streiken in China 22.000 Postbeamten. Der ganze Briefverkehr in China und mit China ist eingestellt.

Der wirkliche Sinn dieser „Enthüllungen“ ist aber ein anderer. Der seit langem vorbereitete Schlag ist gegen die legale Arbeiter- und Bauernbewegung gerichtet. Es sollen alle legalen Bewegungen des Klassenkampfes in Bulgarien verhindert werden. Unter großen Opfern hatten die bulgarischen Arbeiter und Bauern sich das Recht erkämpft, ihre legalen Klassenorganisationen zu schaffen. Die Vernichtung dieser Organisationen leitete die Regierung nicht auf der Tagesordnung; man glaubt dadurch einerseits die Gegenkräfte im kollektiven Lager leicht überwinden, andererseits will man den an den Verhältnissen in Bulgarien besonders interessierten imperialistischen Mächten den Beweis liefern, daß ihre antikomunistischen Pläne durch kommunistische Gegenaktionen nicht gefährdet werden.

In der Regierungspresse mehren sich wieder die alibekannteren herozypen Nachrichten von Massenverhaftungen, „Etagentürme“, „spuriolem Verbrechen“ usw. Etwa 15 politische Emigranten, die dem Verbot des Ausreisens unterliegen, werden, glauben identen, wurden nach ihrer Rückkehr in Sofia verhaftet und ohne gerichtliche Verurteilung in ein Arbeitslager in der Nähe von Sofia auf Bewährung und Ungeade ausgeliefert. 25 Delegierte der Kreiskonferenz der Arbeiterpartei in Simen und zusammen mit dem Arbeiterabgeordneten D. Dimitroff verhaftet worden. Ebenfalls wurden die Kreisdelegierten in Trnomo und Starogard auseinandergetrieben und mehrere Delegierte, darunter Allen Bojadjoff, verhaftet. Die Polizeigeheime im ganzen Lande sind wieder voll mit gefangenen Jugendlichen und erwachsenen Arbeitern. Seit mehreren Wochen werden sämtliche Versammlungen der Arbeiterklasse verboten, die Klubs der Arbeiterpartei stehen unter ständiger polizeilicher Aufsicht, sämtliche Feuilleter werden durchsucht und angeheilt. In Pernik sind 5, in Trnomo 15 und fast in allen Städten sämtliche bekannten Mitglieder der Arbeiterpartei verhaftet worden. Gegen die Verhafteten sind Massenprozesse in Vorbereitung. Noch am 12. d. M. sind in Sofia etwa 15 „Kontingente“ verhaftet worden, darunter Gantjow, Stud. Ing. in Graz, der nach Bulgarien zurückgekehrt ist, um als Kurier dem „politischen Sekretär“ des Zentralkomitees Niblen Stojanoff (der sich in der Umgebung von Sofia versteckt halten soll) und den anderen Mitgliedern des Zentralkomitees, die Verbindung aufrechtzuhalten, Tomko Danoff, zurückgekehrter Emigrant, die Journalisten Georgijew, Pjotrowitsch, Koff, Bando Titoff (Student), der sich von der dritten Etage der Leffentischen Siderhelt „niedergetürmt“ habe usw. „Komin“, „Kobalnikhessa Telo“ und fast alle anderen Arbeiterzeitungen sind bereits verboten worden. Die Zahl der Verhafteten dürfte 100 weit übersteigen haben.

Das alte Kabinett, ergänzt durch Kabinett, ist wieder an der Macht, die Regierungskrise ist gelöst, aber für wie lange? Das kann keiner sagen, weder die „Völer“ der Krise, noch ihre hohen ausländischen Stützen. Es ist aber ganz klar, daß die Krise nicht gelöst, sondern ihr Ausbruch nur verzögert wurde. Inzwischen muß der Boden geläubert werden, damit die dunklen Kräfte der tschakawischen Reaktion für die Klassenherrschaft der bulgarischen Bourgeoisie und die Interessen ihrer imperialistischen Herrscher frei und unbehindert auftreten können. Die erste Bedingung dafür ist ein Votum gegen die kämpfenden werktätigen Massen. Und gerade mit den letzten, im In- und Auslande verbreiteten Nachrichten über „Enthüllungen“ hat dieser Votum begonnen, dessen erstes Ziel die völlige Vernichtung der Arbeiter- und Bauernbewegung ist. Es hat wieder der blutige Reigen der „Etagentürme“, des „spuriolem Verbrechen“, der massenhaften politischen Morde und Prozesse eingeleitet.

In diesem äußerst wichtigen Augenblick wendet sich das bulgarische Volk mit dem Ruf um Hilfe und Unterstützung an das internationale Proletariat und alle fortgeschrittenen Elemente. Ruf zum Kampf gegen den neuen Blutstrom des weißen Terrors in Bulgarien!

KORSO

Die neue Sensation.

Demagogen

Von einem Sportfunktionär wird uns geschrieben: In seinem Artikel „Die Einheit des Bundes“ in der freien Sport-Woche Nr. 37 will der Bundesvorsitzende Gellert, wie schon öfters, den Nachweis bringen, daß nicht „er“, sondern die Kommunisten die Spaltung in die Arbeiter-Sportbewegung hineintragen wollen. Gellert ist sogar ein ganz Schlauer. Er hat herausgefunden, daß die Kommunisten mit ihren Schlagwörtern nur die „Subtilitäten“, d. h. die politisch unorganisierten Arbeiter-sportler einfangen wollen. Wie weit aber Gellert und seine Genossen schon bürgerlich verweicht sind, beweist, daß sie gar nicht bemerken, daß die politisch unorganisierten und auch ein sehr großer Teil von sozialdemokratischen Arbeiter-sportlern weniger durch die angeblichen Schlagwörter der Kommunisten als

durch die Taten der Gellert und Co.

erkennen lernen, wo die Schädlinge der Arbeiter-Sportbewegung sitzen. Zum Beweis für das Einfangen der „Unpolitischen“ durch die Kommunisten führt Gellert die politische Zusammenfassung des letzten Kreisfestes der Märkischen Spielvereinigungen an, wo von 145 Vertretern nur 20 KPD- und 7 SPD-Genossen sowie ein Syndikalist anwesend waren, die übrigen waren politisch unorganisiert. Abgesehen davon, daß alles, was von dieser Seite berichtet wird, mit der größten Vorsicht aufzunehmen ist, möchte ich erklären, daß ich ein politisch unorganisiertes Mitglied in keinem Denken und Handeln Klassenbewußter ist, als ein organisiertes SPD-Mitglied. Insbesondere gilt dies von Vertretern vom Schlage Gellerts, denen das SPD-Parteibuch in der Tasche nur dazu dient, um der bürgerlichen Ideologie Schutz zu leisten. Diese Feinstellung ändert nichts an der Tatsache, daß auch wir Kommunisten dafür kämpfen, daß jeder Arbeiter-sportler seine politische Reife durch politische Organisierung dokumentiert und aktiv in der politischen Arbeiterbewegung arbeitet; aber dies im Sinne des Klassenkampfes — und nicht der Koalitionspolitik! Im weiteren läßt Gellert seinen Kerger darüber aus, daß „Nicht“, Berlin, aktiv an einer WSB-Veranstaltung teilnimmt und sich Vorträge über die rote Hilfe anhört. Es wäre zu wünschen, daß alle Bundesvereine das machen würden. Die Nützlichkeit dieser Organisationen ist jedem Klassenbewußten Arbeiter-sportler bekannt. Gellert braucht sich ja nur einmal bei einem seiner Parteigenossen, der schon einmal im Kerker der deutschen Republik gelassen hat, zu erkundigen. Denn er selbst wird nicht die Gelegenheit haben, die Hilfe dieser Organisation in Anspruch nehmen zu müssen, dazu ist er ein viel zu treuer Sozialpatriot. Die größte Demagogie beweist Gellert in folgenden Ausführungen: „Und nun sind die Teilnehmer der Sportfeste heimgekommen und sollen den deutschen Arbeiter-sportler erzählen von jenem Märchenland, wo alles nur proletarisch zugeht, trotzdem (nach den Ausführungen Kalfins, Rostau) bei der Sportfeste an die 7225 Teilnehmer, „nur“ 40 Bräunen und mehr als 5000 Diplome und Abzeichen verteilt werden.“

Gerade Gellert hätte alle Ursache, darüber ruhig zu sein. Wie lange hat es in unserem Lande gedauert, ehe diese Sachen liquidiert wurden, mehrere Jahrzehnte, und heute sind sie auch nicht im Verborgenen und in den der JA angeschlossenen Organisationen reiflos beliebt. Heute, die Kirchenmitglieder Kalfins auf dem Bundestag hatten lassen, haben kein Recht, über die russischen Arbeiter-sportler in dieser Angelegenheit den Stab zu brechen. Es ist wohl ein Unterschied zu machen zwischen der russischen Sportbewegung, die erst nach und durch die Oktoberrevolution entstanden ist, mit ihren zunächst ungeschulten Mitgliedern, die erst die jahrhundertlange zaristische Erziehung abstreifen mußten, und dem deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund mit seiner 35jährigen Vergangenheit. Das weiß Gellert ganz genau. Aber darauf kommt es nicht an, sondern der Zweck ist der, die russischen Arbeiter-sportler, wo es nur geht, durch den Dreck zu ziehen. Das bewies ja der Bundesvorstand bei der Meldung über die Uruguay-Mannschaft, die er nachher selbst dementieren mußte. Die Absicht ist zu deutlich. Es ist Aufgabe aller Klassenbewußten Arbeiter-sportler, in ihrem Verein dafür zu sorgen, daß die Spaltungsabsichten der Gellert und Kampans genügend gebrandmarkt werden. Darüber hinaus aber muß dafür gesorgt werden, daß die Funktionen im Arbeiter-Turn- und Sportbund von Genossen besetzt werden, die des Vertrauens der Klassenbewußten Arbeiter-sportler würdig sind.

Hoffentlich trägt dieses kleine Beispiel mit dazu bei, auch den sozialdemokratischen Arbeiter-sportlern die Augen zu öffnen und zu erkennen, weshalb von diesen verkappten Reaktionen unter Bundesvorstand kein „Heil“ für die Arbeiter-Sportbewegung erwartet. Dann erst werden sie verstehen, warum gute, aufopferungswillige Funktionäre, wie die Sportfeste-Teilnehmer, den Laufpass erhalten!

Die Reformisten Gellert und Genossen trotzdem für Panzerkreuzer!

In der Arbeiter-Turnzeitung vom 26. September beschäftigt sich Gellert noch einmal mit der Frage des Panzerkreuzerbauens. Natürlich werden die Arbeiter-sportler erneut gewarnt, sich an den Ausschüssen zur Durchführung des Volksentschlusses zu beteiligen. Gestützt auf die Beschlüsse des Leipziger Bundestages, der eine enge Anlehnung an die SPD festlegte, fordert der Bundesvorstand von den Mitgliedern die Unterstützung der sozialdemokratischen Politik, d. h. die Anerkennung des Panzerkreuzerbauens durch die sozialdemokratischen Minister. Die Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie, und dazu gehört der Panzerkreuzer A, sind nicht nur „Angelegenheiten der Parteien“, sondern die Arbeiter-sportler als ein Teil der Arbeiterklasse haben ein großes Interesse daran, die Kriegsrüstungen zu verhindern. Wenn Gellert behauptet, daß ein Panzerkreuzer der Sowjetunion und der deutschen Bourgeoisie das gleiche sei, so fällt auf diesen demagogischen Dreck heute kein ehrlicher Arbeiter-sportler mehr rein. In der Sowjetunion, wo die Arbeiterklasse die Macht in Händen hat, werden Panzerkreuzer gebaut zur Verteidigung der proletarischen Diktatur. In Deutschland werden Panzerkreuzer gebaut, um gegen die Sowjetunion zu rufen.

Die Annäherung des Bundesvorstandes, sich nicht am Volksentscheid zu beteiligen, wird nicht ihren Zweck erreichen, das beweisen bereits die die „Ausschlüsse“ von Arbeiter-sportvereinen an die Komitees zur Durchführung des Volksentschlusses. Die Arbeiter-sportler sehen die Beschlüsse der Leipziger Sportinternationalen in die Tat um, indem sie sich aktiv am Volksentscheid beteiligen.

Wie zu erwarten war, stellen sich die sozialdemokratischen Bundesvorstände der übrigen Arbeiter-sportverbände in die Front mit Gellert und Genossen. Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes „Solidarität“ hat neuerdings eine Anweisung herausgegeben, daß sich die Arbeiter-sportler nicht am Volksentscheid beteiligen sollen. Die gesamte Bürokratie des Arbeitersports steht also gegen die Interessen der Arbeiter-sportler, unterstützt praktisch den Panzerkreuzerbau.

In vielen hundert Vereinen haben sich die Arbeiter-sportler für den Volksentscheid ausgesprochen. Sie werden auch nicht auf die Befehle der reformistischen Führer die Unterstützung des Volksentschlusses unterlassen. Je mehr die sozialdemokratischen

Nährer gegen den Volksentscheid stehen, um so öftener wird die Arbeit der Sportler für eine erfolgreiche Durchführung des Volksentschlusses werden.

Die Antwort der Vereine!

Die Freie Turnerschaft Prasnitz nahm in ihrer Versammlung am 29. 9. 1928 folgende Resolution gegen nur eine Stimme an:

1. Gegen die Spaltungspläne des Bundesvorstandes!

„Die Freie Turnerschaft Prasnitz verurteilt aufs Schärfste die gegenwärtige Politik des Bundesvorstandes, insbesondere glaubt sie die Einheit des Bundes nicht durch die völligen und androhten Ausschüsse gegen Mitglieder und Vereine, welche ihr proletarisches Klassenbewußtsein im Arbeiter-Turn- und Sportbund zum Ausdruck bringen, zu fördern. Zumal der von dem Verein einstimmig gewählte Sportfestebeauftragte Walter Reiche vermutlich ebenfalls den Ausschluß zu gewärtigen hätte.“

2. Für den Volksentscheid!

„Die Freie Turnerschaft Prasnitz begrüßt den von der SPD eingeleiteten Volksentscheid gegen den Bau von Panzerkreuzern und verpflichtet sich, ihre Kräfte reiflos für den Volksentscheid einzusetzen.“

Gegen die Beschlüsse des Leipziger Bundestages

Nachdem sich die ersten Auswirkungen der Beschlüsse des Leipziger Bundestages des WTBSP in dem Ausschluß der Märkischen Spielvereinigungen, in dem Ausschluß der Arbeiter-sportvereine des 1. Kreises zeigen, erkennen auch die Arbeiter-sportler in ihrer Mehrheit die Gefahr, die diese einschlägigen Beschlüsse für die Einheit der Arbeiter-sportbewegung bedeuten. Selbst in Leipzig, dem Sitz des Bundesvorstandes, nehmen die Arbeiter-sportler Stellung gegen die Beschlüsse des Bundestages. Der Turn- und Sportverein Leipzig-Großschuchow hat in seiner Mitgliederversammlung mit 62 gegen 27 Stimmen die Beschlüsse des Bundestages abgelehnt. Wie Begründung wird angeführt, daß die Beschlüsse die Grundlage der Spaltung der Arbeiter-sportbewegung in Berlin und Halle waren. Der Verein fordert: keine sozialdemokratische Sportbewegung, wie es die Beschlüsse befehlen, sondern eine Sportbewegung, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes unter Einbeziehung aller revolutionären Sportorganisationen steht.

Die Handballspieler im 1. Kreis einig

Am 27. September fand die Funktionärskonferenz der Handballspieler des 1. Kreises (Berlin-Brandenburg) statt. Nachdem nur wenige Tage zur Vorbereitung auf Verfügung standen, wies die Funktionärskonferenz einen außerordentlich harten Verlauf auf. 110 Delegierte vertraten 50 Vereine und Abteilungen, die zusammen etwa 250 Mannschaften haben. Nicht allein marschierte mit 22 Abteilungen an. Unter den übrigen 28 Vereinen befanden sich Eiche-Rosenthal, Moabit, Oberprenze, Solmsdorf, Tegow, Schönewe, Rommels um. Viele Vereine sind deshalb besonders erwähnt, weil der Bundesvorstand mit ihnen Klame macht als Mitglieder des Kartells der sozialdemokratischen Sportler.

Unter den Funktionären herrschte eine glänzende Kampfstimmung. Die ausgeschlossenen Vereine und die im Bunderepublizischen waren sich darüber klar, daß der gemeinsame sportliche Betrieb keine Unterbrechung erleiden darf.

Durchführung der Spaltungsaktion im WSB unter polizeilichem Schutz

Am 11. September war von dem Sekretär der Kolonne Berlin, Jäger — in Durchführung des sozialdemokratischen Parteibefehls — die Abteilung Schöneberg für aufgelöst erklärt worden. Am 25. September wurde eine „Neugründung“ dieser Abteilung vorgenommen. Radniski, Strefendach und Jäger (der Kolonnenvorstand) kamen per Ausdrohne angelockert. Ob aus Furcht? Wahrscheinlich waren vier Sipo und vier Krimi neben Kommandos des Reichsbanners vorhanden. Im Kampfe gegen die bürgerliche Ordnung ist die Arbeiter-sportbewegung groß geworden! Zu welchem Ziel wollen die Radniski und Jäger die Kolonne führen, wenn die Führer eben dieser bürgerlichen Ordnung ihnen bezüglich ihrem Schatz angeheben lassen!

In der „Gründungsversammlung“ waren 15 ausgesetzte frühere Mitglieder und 5 Vorstandsmitglieder anwesend. Trotzdem ergab die Diskussion eine solche Situation, daß droht wurde, den Saal räumen zu lassen, wenn nicht alles mitgemacht werden würde. Jeder mußte sich noch mit einem lauten „Ja“ verpflichten. Dann wurde der neue Abteilungsvorstand in seine Funktionen eingesetzt — ach nein, „gewählt“; und nun gab es bei dem SPD-Ehren-Archivar als Belohnung für die folgenden Schätzlein.

Und all dies wird als im Interesse der „Arbeiterbewegung“ angesehen bezeichnet, und ist in Wirklichkeit die Wegbereiterung für den Sozialfaschismus. Jeder ehrliche Arbeiter hat dafür nur Berachtung und wird in seinem Kampf dagegen nicht nachlassen.

Arbeiter-sportler! Deine Pflicht: Heute einzeichnen!

Der Vorwärts in Dresden voran!

Die von uns zum Wohle der zusammengeschlossenen Verbraucher geübte laufende Preisverbilligung zeigt sich erneut in der von uns vorgenommenen

weiteren Senkung des Brotpreises

Mit Geltung vom 1. Oktober 1928 an liefern wir unseren Mitgliedern in bester Beschaffenheit:

Brot I	4 Pfd. 76 Pf.	Wina-Vita-Konsumbrot	3 Pfd. 62 Pf.
Brot II	4 Pfd. 70 Pf.	Wina-Vita-Vollkornbrot	3 Pfd. 52 Pf.
Vollkornbrot	3 Pfd. 48 Pf.		

Konsumverein

Vorwärts

Die Abgabe erfolgt nur an Mitglieder.

Jeder Verbraucher kann Mitglied werden. / Eintritt 50 Pf.
Anmeldungen werden in allen Verteilungsstellen entgegengenommen.

Die Ruheohnordnung

der Gemeindearbeiter und die Forderungen der Kommunisten

Grundzüge

Sie wie im kapitalistischen Staat die ganze soziale Beschäftigung nur durch die von den Interessierten der besitzenden Klasse, ist auch die Ruheohnordnung der Gemeindearbeiter ein Ausdruck dessen. Die Kosten werden auf die Arbeiter abgewälzt, und bei Inanspruchnahme der Versicherung hat der Arbeiter wenig Rechte und geringe Unterstützung.

Die Kommunisten fordern grundsätzlich, daß die Sozialfürsorge gegenüber den Arbeitern vom Staate übernommen und gleichmäßig jedem Arbeiter gewährt wird. Wir legen dabei allen Arbeitern, daß nur nach dem Siege über die Bourgeoisie und nach der Errichtung der Macht der Arbeiter auch die Sozialfürsorge im Interesse der Arbeiter geregelt werden kann. Trotz dieser grundsätzlichen Meinung unterstützen wir auch jetzt den Kampf der Gemeindearbeiter um Verbesserung ihrer sozialen Lage mit allen Mitteln.

Der Kampf um die Einführung in allen Gemeinden

Der Kampf der Gemeindearbeiter um eine Ruheohnordnung in allen Gemeinden geht bereits seit vor dem Kriege. Damals bestand nur in wenigen Gemeinden eine solche und regelte jede Gemeinde ohne Staatsaufsicht die Ruheohnordnung für sich selbst. Auch das Organisationsverhältnis der Gemeindearbeiter war ein solches. Die Einführung der Ruheohnordnung in den meisten Gemeinden geschah durch Achernahme der bereits bestehenden, gegen die Gemeindearbeiter gerichteten Ruheohnordnung.

Der Kampf um Verbesserungen

Damit begann aber für die Gemeindearbeiter zugleich der Kampf um eine verbesserte Ruheohnordnung. Diesen Kampf betrachteten sehr bald die Staatsinstanzen und reaktionären Schachmacher als einen gegen die Kommune des Staates, die Gemeinden, gerichteten. Die Folge war die stärkere Kontrolle über die Gemeinden.

Der sozialdemokratische Innenminister Lipinski erließ eine Verfügung, wonach den Gemeinden nach dem wurde, weiterhin selbständig eine Ruheohnordnung durch die Gemeindeverordneten beschließen zu lassen.

Im besonderen wurde damit verfügt, daß die Gemeindearbeiter Beiträge zur Ruheohnordnung abzuführen hätten, da verschiedene Gemeinden die Rollen übernahmen.

Im Jahre 1923 verabschiedete der sozialdemokratische Innenminister Max Müller durch neue Richtlinien an die Gemeinden die Lage für die Gemeindearbeiter.

Die kommunale Verbandsoffaktion brachte auf Grund dieser neuen Verordnung einen Antrag im Landtag gegen diese Verordnung ein und stellte in diesem positive Forderungen für die Gemeindearbeiter. Unter anderem, daß

Beitragsleistungen von den Arbeitern nicht verlangt werden; der Beginn der ohne weiteres anzunehmenden Arbeitsunfähigkeit auf das 50. Lebensjahr festgelegt wird; die Beiträge aus der Invalidenversicherung nicht mehr als 30 Prozent in Anrechnung gebracht werden usw.

Obwohl diese Forderungen nicht ganz denen der Gemeindearbeiter entsprachen, sah sich die Gewerkschaft damals genötigt, auch ihrerseits Maßnahmen zu ergreifen.

Die radikale Verbandsoffaktion

Es wurden in mehreren Orten radikale Streikbeschlüsse gefaßt und scharfe Forderungen an die Gewerkschaftsführer angekündigt. Die Erregung der Arbeiter gegen den reaktionären Erlaß des sozialdemokratischen Innenministers wurde damit gedämpft und die an der Spitze stehende Bürokratie bog den Kampfswillen der Arbeiter in einem parlamentarischen Kampf um.

Der Unfall

Der Ruhhandel mit den Institutionen begann und hat nun nach drei Jahren einen Wendepunkt gefunden, der in den Gemeinden jetzt vorliegt. Die Gewerkschaft hat weder gegen die Dinauergesetzgebung, noch gegen den Wechselhaß selbst einen ernsthaften Kampf geführt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wandten sich in den Jahren und auch jetzt noch immer nur an die Institutionen, die die Richtlinien selbst herausgegeben haben. Sie verflagen den Teufel bei Beelzebub.

Die reaktionäre Verbandsoffaktion mit den Richtlinien des Arbeitgeberverbandes einverstanden

Mit welcher Mühe der Kampf von Seiten der Gewerkschaft geführt wird, zeigt ein Rundschreiben des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Niklas Chemnitz, vom 27. August 1925, worin es unter anderem heißt:

„Ebenso möchte da dieselben (gemeint sind die Gemeindeverordneten) darauf aufmerksam machen, daß es keine Zweck hat, Änderungsanträge, die eine Erweiterung bedeuten

lassen, zu stellen...“ „Obwohl wir mit den Richtlinien im allgemeinen nicht einverstanden waren, hat trotzdem der Gewerkschaftsverband und die Tarifkommission beschlossen, vorläufig zuzustimmen...“

So sieht der „Kampf“ der Gewerkschaftsbürokratie für die Interessen der Gemeindearbeiter aus. Den Richtlinien vom Arbeitgeberverband hat man zugestimmt und nimmt damit den Arbeitern jede Möglichkeit zur Aufnahme eines Kampfes für ihre Forderungen.

Wehr als die Hälfte Gemeindeparlamente in Sachsen haben eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit. Bei Einleitung des parlamentarischen Kampfes mit der geschlossenen Kraft der Gemeindearbeiter müßte die Ruheohnordnung, wie sie vom Arbeitgeberverband herausgegeben worden ist, verschwinden.

Das selbe Zurückweichen der Verbandsoffaktion des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes vor dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden ist ein neuer Verrat an den Gemeinden und Staatsarbeitern. So wie die Panzerkreuzer-SPD-Minister Millionen Steuern aus den Taschen der werktätigen Massen verpulvert, so reihen sich die SPD-Gewerkschaftsführer in die gleiche Front ein, indem sie jedem Lohnkampf ausweichen und bei der Ruheohnordnung allein in Sachsen Millionen aus den Taschen der Arbeiter heraushehlen. In Chemnitz müßten die Proleten zur Finanzierung der Durchführung der Ruheohnordnung rund 3 Millionen Mark bezahlen. Die Beitragsfreiheit der Arbeiter haben die Gewerkschaftsführer dem Arbeitgeberverband geopfert. Das Reich braucht Geld für die Panzerkreuzer, da müßten die SPD-Gewerkschaftsführer dafür sorgen, daß die Gemeinden kein Geld für die Arbeiter ausgeben.

Generalfreitag in Nordfrankreich

Schwere Zusammenstöße. — Verhärterung im Textilarbeiterstreik

Ville, den 30. September 1925.

Der Textilstreik wird fortgesetzt und breitet sich aus. Die Verarmung der Arbeiter von Ville bedingt die Generalfreitag für Dienstag früh. In Tourcoing hat man den Unternehmern ein Ultimatum gestellt. Fein: Verlassen der Verarmung in Ville führte die Gewerkschaft eine heftige Attacke in der Rue Molinier gegen die Arbeiter. Es gab mehrere Verwundete, Frauen wurden von den Pferden niedergeworfen. Patrouillen besetzten die Straßen. Der sozialistische Bürgermeister von Ville, Solengro, nimmt alles an, ohne zu intervenieren. Es herrscht eine große Empörung in der Einwohnerschaft. Die Kampflustigkeit steigert sich zusehends.

Streikdrohung der Grubenarbeiter in Frankreich. Die Teilunion meldet: Der Kontrakt der kommunistischen Grubenarbeiter in St. Etienne nahm eine Entschärfung an, in der mit dem Generalfreitag gedroht wird, wenn nicht bald eine Lohnerhöhung von 5 Franken für den Tag gewährt werde. Außerdem wurden für die Bergarbeiter 24 bezahlte Urlaubstage verlangt.

Neue blutige Streikämpfe in Australien. In Melbourne kam es am Sonntagvormittag zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Hafenarbeitern und freiwilligen Arbeitseinsatzern. Die Polizei machte nun dem Gummistempel Gebrauch. Einer der Polizisten schoß auf die Menge. Ein Polizist und zwei Freiwillige wurden im Verlauf der Zusammenstöße schwer verwundet. Die Verluste der Streikenden sind noch unbekannt. In einer Delegiertenversammlung beschloßen die Hafenarbeiter Montag vormittag, den Streik einzustellen.

Rückbildung der Tarife in der schwedischen Metallindustrie. Das IITB meldet aus Stockholm: Das Uebereinkommen in der schwedischen Metallindustrie ist von beiden Parteien zum Ende dieses Jahres gekündigt worden. Die Kündigung erstreckt sich auf 50.000 Arbeiter.

Streik bei den Abbrucharbeiten der Münsterwalder Weichlebrücke. Die mit dem Abbruch der Münsterwalder Weichlebrücke beschäftigten 335 Arbeiter haben am Sonntag die Arbeit wegen Lohnforderungen eingestellt. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 60 Prozent auf 1,15 Mark pro Stunde.

Gemeindearbeiter freitags!

Am Donnerstag, dem 4. Oktober, findet abends 10 Uhr in der Vermittlungsstelle B. proher Sitzungssaal, eine Betriebsversammlung der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen aus allen hiesigen Betrieben statt. Tagesordnung: 1. Bericht über das neue Ruheohnordnung; 2. Tätigkeitsbericht des Arbeiterrats; 3. Verschiedenes. Die Herren Stadträte und Stadtverordneten sind hiermit eingeladen.

Gegen diese Politik des Verrats an den Arbeitern muß die gesamte Gemeinde- und Staatsarbeiterchaft mobil gemacht werden.

Unsere Genossen in den Gemeindeparlamenten verweisen wir auf die Artikel zur Ruheohnordnung in den Nummern 17 und 18 des „Kommunistischen Gemeindearbeiters“, die wertvolles Material enthalten.

Unsere Forderungen:

1. Beitragsfreiheit und Einheitsrente.
2. Geltung für alle Arbeitnehmer, auch für die nicht voll beschäftigten.
3. Entrechnung aller unvermeidlichen Arbeitsverlängerungen ohne Zeitbegrenzung. (Darunter ist zu verstehen Streik, Ausperrung, Arbeitslosigkeit für politische Bergehen.)
4. Die Anrechnung beginnt mit dem Tage des Dienstantritts und endet mit dem 60. Lebensjahr. Nach dem 60. Lebensjahr kann der Unternehmer ohne ärztliches Gutachten den Ruheohn beantragen. Vor dem 60. Lebensjahr nach ärztlichem Gutachten unbeschadet der Dienstjahre.
5. Die Rente beträgt 3 Jahre; Arbeitern, die vor Erfüllung der fünfjährigen Dienstzeit durch Krankheit oder Unfall dauernd erwerbsunfähig wurden, muß Ruheohn gewährt werden.
6. Nichtanrechnung der Leistung aus der reichsrechtlichen Sozialversicherung und Rechtsanspruch in allen Fällen.
7. Die Witwenrente beträgt 60 Prozent vom Ruheohn und Ausdehnung der Zahlung des Waisengeldes in besonderen Fällen bis zum 21. Lebensjahr.
8. Die Waisenrente beträgt zwei Drittel der Witwenrente.
9. Bei Streitigkeiten entscheidet ein Ausschuss, der sich aus Stadtverordneten und Vertretern der Gewerkschaften zusammensetzt.

Werden unsere kommunistischen Forderungen, insbesondere die auf Beitragsfreiheit, Einheitsrente und Nichtanrechnung aus der reichsrechtlichen Sozialversicherung abgelehnt, so rechnen wir Kommunisten auch den vorgelegten Entwurf als völlig ungenügend ab.

Wassentlassungen in der Zwidauer Metallindustrie. Am vergangenen Sonnabend wurde die Belegschaft der Waggonfabrik Schumann, Zwida, entlassen und damit das Werk stillgelegt. Am gleichen Tag entließen die Hark-Werke ihre Lohnarbeiter. Die entlassenen Arbeiter der beiden Betriebe veranstalteten darauf einen Demonstrationsszug.

2500 Ruheoberarbeiter gefaßt. Nachdem bereits im Juni d. J. auf den „Unser-Arzt“-Schritten in Wanne-Mödel die Kündigung von über 1000 Bergarbeitern erfolgt war, ist nunmehr sämtlichen Angestellten des Unternehmens die Kündigung zum 1. Januar 1926 zugestellt worden. Die Entlassung der übrigen noch beschäftigten Bergarbeiter, etwa 1200, wird bis zum 1. November d. J. durchgeführt. Der gesamte Betrieb wird stillgelegt.

Der „Bulgaria“-Betriebsrat pleit links

(Arbeiterkorrespondenz) Ein Arbeitskollekt war an den Betriebsrat herangetreten, die Einmütigkeit zu holen, eine Sammelliste zur Volksentscheidungskampagne in Umlauf zu setzen. Der Arbeitskollekt setzte eine Forderung mit dem Arbeiterrat an, um über die Angelegenheit zu beraten. Es währte nicht lange, am Ende der Partei- und Gewerkschaftsbeschlüsse. Als guter SPD-Mann, der „mit manchem nicht zufrieden“ ist, schreit heute Betriebsrat Führer mit seinen Ministeranwärtern zugunsten der deutschen Bourgeoisie: Rieber mit dem Volksentscheid, her mit der Kriegserklärung. Nebenbei hat man nichts erfahren, ob der Arbeiterrat Stellung genommen hat zu der Einladung des Volksentscheidkomitees, die an den Betriebsrat gerichtet war.

Verammlung des Baugewerksbundes

Am 27. September fand eine außerordentlich schwach besuchte Verammlung des Baugewerksbundes statt. In der Kollege Müller Bericht vom Hamburger Gewerkschaftskongress erstattete. Eine Debatte fand nicht statt. Kollege Seibel gab dann noch bekannt, daß demnächst Verammlungen abgehalten werden sollen, die sich mit der Ferienfrage beschäftigen werden. Ein Jungarbeiter erbittet bessere Unterstützung seitens der Facharbeiter, die infolge der Affordulterei die Jugendlichen immer mehr vernachlässigen. Es wurde weiter scharf kritisiert, daß die Verammlungsanmeldungen nur der Dresdener Volkszeitung zugestellt werden. Der Angestellte Seibel erklärte darauf, daß die Arbeiterstimme für ihn prinzipiell nicht in Frage käme. So wie man in Hamburg gepfiffen, kann nun auch Herr Seibel und glaubt, die kommunistische Presse labelieren zu können. Die Bauarbeiter müssen darauf antworten. Gemeinsam mit der Opposition müßten sie dafür sorgen, daß mit solchen Methoden Schluss gemacht wird.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Kulturpolitik: Kubell; für Außen- und Gewerkschaftspolitik: Scharf; für Sozialpolitik: Müller; für den Arbeiterdienst: Kricher; für den Arbeiterdienst: Kricher; für den Arbeiterdienst: Kricher. — Verlag: Arbeiter-Verlagsanstalt. — Druck: Verlagsanstalt.

STÄDTE UND JAHRE

Koman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanski
Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(67. Fortsetzung)

Das ganze Feld war, so weit der Blick reichte, mit Menschen und Gepard überfüllt. Dampfer Värm erhob sich über der Station. Die Jüge bewegten sich vorsichtig tastend weiter, blieben lange vor den Weiden stehen und prüften zuerst die Schienen, wie Menschen eine aufgeweckte Straße. Von den Vagelweibern lag eine dünne, ägende Rauchwolke über die Köpfe der Menschen hin.

Die Vagel waren in einem Föhengeholz aufgeschlagen. Hinter dem Jann, dessen Stachelbrühl abgerissen und um die Pfosten gewickelt war, lungerten Soldaten in Holzschuhen herum, die wie Föhchen auf dem Erdboden klapperten.

In der Dürchfahrt wurden durch die Hütten und Läden der Juden wie Luedföhbergehenden unterlechte Gestalten, bald auseinanderströmend, bald wieder Kopf an Kopf und Schulter an Schulter.

„Sie wollen nach dem Süden? Das möchte ich Ihnen nicht raten!“

„Weshalb denn, weshalb? Ich sage Ihnen: eine Goldgrube, eine Goldgrube!“

„Man muß aber auch die Keilschellen in Betracht ziehen!“

„Keile! Keile! Was wollen Sie mit Ihrer Keile? Ueberall ist es jetzt gleich, Sie können mir glauben.“

„Ich habe vierzigtausend Mark parfügelegt.“

„Man muß nur riskieren.“

„In Moskau riskiert jeder.“

„Und wohin gehen Sie?“

„Nach Warschau.“

„Wie steht dort die Dittmar?“

„In den alten, grasbewachsenen Schühengräben hockten Augenarrähnliche Menschen mit Kindern, alten Frauen, Jinnhüllen und schabhaften Gesichtern.“

In einem Unterland lachte eine vom Geburtswehen befallene Frau, unter einem dreizährigen Wagen lag ein Lappusfranker in Fieberphantasien, über ihm spielten im Stroh schmutzige, zweijährige Mädchen.

Eine halbentkleidete Frau, mit Brüsten wie leere Säcke, durchsuchte ihre verlumpte Kleidung nach Insekten. Ein Soldat ohne Bein dritt in der Mitte Kartoffeln und jagte mit einem dicht verstellten Reingebeln die Kinder weg. Die Menschen drängten sich in jämmerlichen Gruppen um das Feuer, und auf der von Schühengräben durchschnittenen und von Geschossen durchwühlten, entstellten und beladeten Straße wurden Menschen geboren; Menschen starben; Menschen liebten und lachten sehnsüchtig und gering nach einem Stück Hühner, reiner Erde.

Von Weiten her, aus der Gefangenschaft schlepten sich Herden erschöpfter Soldaten, die Augen nach Osten, nach ihrer Heimat, nach Hause gewendet. Auch sie führte man in die Baracken, auf der anderen Seite der Station, hinter einen hohen Verhüll. Aber wenn die Menschen an dem Stachelbrühl, den Jannen und Verhüllungen vorbeizogen waren, standen sie sich im Angesicht zu Angesicht gegenüber, und nun ging die Rede vom Osten, vom Weiten, von Unglück und Not und Hoffnungen und breitete sich über ihren Köpfen aus wie der ägende Rauch des Lagerfeuers.

Als Andrej aus dem Waggonsfenster auf diese Menschenherde niederlief, klopfte ihm jemand auf die Schulter. Er drehte sich um. Hinter ihm hand der Bürsche mit dem herorstehenden Padenknoden und der niedrigen Mütze auf dem Kopfe. Seine Stirn war glatt, der Streifen darauf war verschwunden, seine Augen funkelten lebhaft, und um den Mund lag ein zufriedenes Lächeln.

„Das haben wir zusammengebräut!“ sagte er auf den menschlichen Ameisenhaufen deutend, und rieb sich die Hände. Von ihm wehte die Frische eines wohlausgesehenen Menschen, er dehnte sich elastisch und mochte mit dem Gelenken seiner eignen Hände. Eine prächtige Suppe gibt das. Sieh nur, wie es brodeln. Ich denke, er zog die Augenbrauen zusammen, „je mehr solche Keile, desto besser!“ Dann rieb er wieder fest seine Hände und sagte erklärend hinzu: „Die Köpfe verdrücken sich!“

Später sah Andrej, wie der Bürsche auf dem Feld in einen Menschenhaufen tauchte, sah dort hin und her drängte, wieder aufstand, zu einem zweiten und dann zu einem dritten Hausen lief. Alle wandten sich ihm zu, teils lachend, teils schweigend.

Er warf in die Menge irgendwelche Worte und sah aus wie ein Sandorn in einer Föhle voll Wasser, die man eben geschüttelt hat: bald sah er nach vornwärts, bald blieb er stehen, um gleich wieder emporzustiegen wie vom Strom getrieben.

Als sie in das Lager überfiel, ging auch Kiffel unter das Volk. Hier stürzten wie Steine von einem Abhang die

widerstrebendsten Gerichte auf ihn, und er schoß auf dem Felde umher wie ein gehektes Tier.

„Ein ruhiges Leben gibt es nicht, Ostföhren. Da kommt zum Beispiel die Garbe: gib das Pferd her! Und der wehrlose Bauer, verflucht du, gib es her.“

„Die Bauern sind bei uns heutzutage wie Räuber: in jedem Hause haben sie Bomben, im Schafstall Maschinengewehre versteckt und tragen immer ein Messer bei sich. Ohne das kann man nicht mehr leben.“

„Hör' nicht auf dieses Geschwätz! Bei uns ist das Vieh freier, deshalb bin ich fort von daheim, aber das Leben ist jetzt angenehmer, alles ist da, so viel du willst.“

Sämtliche Deutsche in russischen Soldatenhüllen lächelten tückisch und sprachen in gebrochenem Russisch:

„Rußland — gut, Deutschland — gut, alles — gut, wenn man noch seinen Kopf hat.“

Ein kleiner Mann rollte wie ein Querschnitten umher und spudde beim Reden:

„Wie konnten Sie weglaufen? Sie sagen, daß es schwer ist, und ich sage Ihnen, mit Rußland ist es zu Ende, es hat sich aufgelöst, es ist nicht mehr vorhanden. In Rußland werden nur Hände zurückbleiben, um Knochen zu besorgen. Dort läßt sich kein Geschäft machen.“

Ein ruhiger und bedächtiger Landwehrmann erhob seine beherrschende Stimme:

„Die Erde ist Gottes Gabe. Gott hat dich auf der russischen Erde angefaßt, er ist deine Mutter. Von ihr mußt du jede Ernährung hinnehmen und jede Strafe ertrogen. Es gibt keine größere Sünde, als keine eigene Mutter im Unglück zu verlassen.“

In der Dämmerung kehrte Kiffel in das Lager zurück, er wankte wie von Windstößen getrieben. Die ganze Nacht hatte er sich auf dem Stroh umgewälzt wie im Fieber. Morgens, kaum daß sich die Soldaten von ihren Schlafplätzen erhoben, trat er schon in die Mitte des Abteils und sprach mit gedehnter Stimme:

„Brüder! ah Brüder! Hört mich an, Brüder! Ich bin ein frantzer Mensch, und rings um mich ist jeder nur mit sich selbst beschäftigt. Ich bitte um euren Rat, wohin soll ich jetzt gehen, Brüder?“

Niemand antwortete ihm.

Er sank langsam in sich zusammen, ließ das eine Knie, dann das andere auf den Fußboden nieder.

„Am Christi willen bitte ich euch, Brüder, wohin soll ich gehen? Gebt mir einen Rat.“ (Fortsetzung folgt.)

